

Vor 65 Jahren bewahrte der Ort Friedensau die politische Eigenständigkeit

Friedensau bei Magdeburg, 28.04.2011/APD Nach der Kapitulation 1945 empfanden viele das Ende der Nazi Herrschaft als eine Befreiung. Zwar stand das Nachkriegsdeutschland zunächst unter der Besatzung der vier Siegermächte, doch allgemein hoffte man, dass dennoch eine gewisse Einheit Deutschlands erhalten bliebe und wieder demokratische Ordnungen eingeführt werden würden. Im Potsdamer Abkommen hatten die Siegermächte verfügt: Es "wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden."

Das war auch so vom Alliierten Kontrollrat für Deutschland festgelegt worden. Die ersten Verordnungen und Gesetze der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) schienen diese grundlegenden Bestimmungen zu bestätigen. So durften bereits bald nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone unbehindert die wöchentlichen Gottesdienste abgehalten werden. Voraussetzung war jedoch, dass laut Anordnung der Militärregierung alle "religiösen Versammlungen" bei den zuständigen Behörden mit Angabe von Ort und Zeit angemeldet wurden.

Im Juni 1945 erlaubte die SMAD die Gründung von Parteien. In der Verordnung hieß es: "Auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben". So wurden neben der KPD (Kommunistische Partei) die CDU, die SPD und die LDPD (Liberal-Demokratische Partei) zugelassen. Unter einem gewissen Druck der Besatzungsmacht entschlossen sie sich zur Gründung eines gemeinsamen "Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien" (Antifa-Block). Die Parteien sollten

gemeinsam regieren, unterschiedliche Auffassungen in internen Aussprachen geklärt werden. Angesichts der überall herrschenden Not, die der Hitlerkrieg hinterlassen hatte, der Millionen Flüchtlinge, die aus den ehemaligen Ostgebieten aufzunehmen waren, mochte das auch eine gewisse Berechtigung haben. Im Gegensatz zu den Befürchtungen vieler wurde anfangs keine Alleinherrschaft der Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone beansprucht. Formal bekannte sich auch die Besatzungsmacht zu einer demokratischen Gestaltung der Gesellschaft.

Friedensau, seit 1922 eine eigenständige politische Gemeinde östlich von Magdeburg, die hauptsächlich von Siebenten-Tags-Adventisten bewohnt wurde, gehörte in den Bereich der sowjetischen Besatzungszone. Nach Kriegsende hatte die Leitung der adventistischen Freikirche den parteilosen Otto Vogel als Gemeindevorsteher eingesetzt, nachdem Wilhelm Kirchberg, der das Bürgermeisteramt seit 1942 innehatte, wegen Mitgliedschaft in der NSDAP ausscheiden musste. Vogel war zunächst Buchhalter in der Verwaltung der adventistischen Liegenschaften in Friedensau und seit 1941 deren Geschäftsführer.

Die neue politische Situation brachte für den Ort Friedensau einige Probleme mit sich. Noch vor der ersten Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt wurden im Januar 1946 alle Kommunalgemeinden angewiesen, eine "vorläufige Gemeindevertretung" zu bilden, einen sogenannten Antifa-Ausschuss. Dieser sollte aus Mitgliedern der antifaschistischen Parteien gebildet werden. Wo konnte man nun in Friedensau Mitglieder dieser Parteien finden, damit die Eigenständigkeit der kommunalen Gemeinde erhalten blieb?

Der Leiter des dortigen adventistischen Altenheimes, Walter Schmidt, trat in die SPD ein. Unter den Personen, die während des Krieges in Friedensau Aufnahme gefunden hatten, fand sich einer, der inzwischen KPD-Mitglied geworden war, und ein anderer, welcher der SPD beitrug; einer war als Forstarbeiter, der andere als Heizer tätig. Beide gehörten nicht der

Freikirche an. Weiterhin erklärten sich noch zwei parteilose Friedensauer Adventisten zur Mitarbeit bereit. Das reichte aus, um die vorläufige Gemeindevertretung zu bilden; sie nahm gleichzeitig die Aufgaben des Antifa-Ausschusses wahr. Damit war die erste Hürde genommen, sodass Friedensau eine eigenständige Kommune bleiben konnte.

Genötigt durch die SMAD kam es im April 1946 zum Zusammenschluss von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Im Herbst fand die erste Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt statt – zugleich die erste in der gesamten sowjetischen Besatzungszone. Drei Friedensauer Bürger gehörten nun zur SED. Ergänzt durch zwei Parteilose, ließen sie sich als Kandidaten aufstellen und wurden von den wahlberechtigten Friedensauern in die Gemeindevertretung gewählt, der Otto Vogel nun als offiziell gewählter Bürgermeister vorstand. Die Freikirchenleitung war froh, damit nun auch die zweite Hürde für den Fortbestand der Eigenständigkeit Friedensaus überwunden zu haben.

Mit Beginn der neuen Kommunalperiode am 23. Februar 1949 gehörte jedoch kein Mitglied der SED mehr der Friedensauer Gemeindevertretung an. Aus den Unterlagen der Gemeindeverwaltung, die im Friedensauer "Historischen Archiv der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa" vorliegen, ist nachweisbar, dass seit Gründung der DDR niemals ein SED-Mitglied dem Friedensauer Gemeindevorstand angehörte. Das blieb so bis zum Ende der DDR.

Im Zuge der Verwaltungsreform schlossen sich im Jahr 2002 die fast 500 Einwohner Friedensaus der Stadt Möckern an. Die im Kreis Jerichower Land gelegene Kleinstadt ist 948 erstmals urkundlich erwähnt. Die Ortschaft Friedensau wurde 1899 von den Siebenten-Tags-Adventisten zur Errichtung einer theologischen Ausbildungsstätte gegründet. Sie umfasst heute unter anderem die Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit rund 160 Studierenden, ein Altenpflegeheim des Advent-Wohlfahrtswerkes (AWW) für 122

pflegebedürftige Menschen, 17 betreute Wohnungen und einen Zeltplatz für bis zu 1.000 Jugendliche.

Dr. Manfred Böttcher

(Hinweis der Redaktion: Dr. h. c. Manfred Böttcher war von 1969 bis 1982 Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR und von 1982 bis 1991 Rektor des Theologischen Seminars Friedensau.)

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe "APD" gestattet!